

## „In Prävention muss investiert werden“

Jugendhilfeausschuss diskutiert weiteres Vorgehen

GIESSEN (svj). Das aktuelle Präventionsangebot in Gießen basiert zwar auf guten Konzepten, um jedoch effektiv zu wirken, bedarf es besserer Abstimmung und Vernetzung sowie mehr Geld. Diese Ansicht vertrat im Jugendhilfeausschuss Birgit Schlathölder. Die Jugendhilfeplanerin stellte das gemeinsam mit dem Landkreis erarbeitete Gesamtkonzept Prävention für die Bereiche Drogen, Gewalt und Sexualerziehung vor.

Fakt sei: Es bedürfe einer grundsätzlichen, kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Themen: Sucht, Drogen, Gesundheit, Sexualerziehung und Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung. „Prävention muss politisch gewollt sein und hier muss investiert werden“, betonte Schlathölder. Zwar sei weithin bekannt, dass kommunale Mittel rar seien, aber „wir haben Probleme und niemand kann sich ernsthaft damit zufrieden geben, erst dann zu reagieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“. Mittelfristig sei Präventionsarbeit zudem preiswert, da zeit- und kostenintensive Maßnahmen verhindert werden könnten.

Neben Qualitätsstandards und der Erhebung des Istzustand sind auch Empfehlungen erarbeitet worden. So sollen im Sinne von Nachhaltigkeit Veranstaltungen und Informationsangebote nur als verbindlicher Bestandteil eines Gesamtangebotes

finanziell unterstützt werden. Freie Träger, die mit den Fachleuten des örtlichen Hilfesystems zusammenarbeiten, seien zudem vorzuziehen. Bei Angeboten für Mädchen und Jungen bis 14 Jahre müssen nach den Forderungen der Fachleute Informationsveranstaltungen für die Erziehungsberechtigten verbindlich angeboten werden. Hier soll dann vermittelt werden, was für den erzieherischen Alltag getan werden kann. Da die Angebote zudem auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt sein sollen und aufeinander aufbauen, soll die konkrete Planung von Angeboten mit der jeweils örtlich zuständigen Jugendhilfeplanung und den entsprechenden Gremien abgestimmt werden.

Durch verschiedene Rückfragen kristallisierte sich heraus, dass, wenn man der Prävention mehr Gewicht verleihen will, wahrscheinlich Gelder im Jugendhilfebereich umgeschichtet werden müssen. Was wiederum die Träger beunruhigte, die bislang nicht an dem Entstehungsprozess des Präventionskonzepts beteiligt waren. So wurde die Abstimmung, wie mit der Vorlage zu verfahren sei und wie konkret weiter gearbeitet werden soll, auf die nächste Ausschusssitzung vertagt. Weiter gehen kann es hingegen mit den Vertragsabschlüssen für die freien Träger.

Im Neubaugebiet Marburger Straße soll, finanziert durch die Stadt, ein Kindergarten mit drei Gruppen eingerichtet werden. Die Altersmischung soll sich an den Bedürfnissen der dort lebenden Familien orientieren.